



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

05. November 2010

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Warum sollten wir die Staatsschulden für Banken und Konzerne bezahlen?

Viele Milliarden hat der Staat auf den Tisch gelegt, um Banken, Konzerne und Spekulanten in der Krise zu retten. Explodiert sind dafür die Staatsschulden. Sie stiegen um über 250 Milliarden Euro in nur drei Jahren!

Und jetzt kommen die ersten Maßnahmen, mit denen sie dafür bei uns sparen wollen. Dafür werden nun Krankenkassenbeiträge und Tabaksteuer erhöht, werden Heizkostenzuschuss und Elterngeld für HartzIV-Empfänger gestrichen, werden mit der „Rente ab 67“ die Renten gesenkt.

Dafür werden jetzt in Bund, Ländern und Kommunen hunderttausende (!) Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet, wird vielen anderen der Lohn gekürzt. Dafür werden Schulen und Bibliotheken geschlossen, werden soziale und Freizeitangebote zusammengespart.

Und was ist mit den Unternehmen, Banken und reichen Aktionären, deren Vermögen und Gewinne durch diese Schulden gerettet wurden? Sie machen wieder unverschämte riesige Gewinne.

Aber zahlen die Stahl-, Metall- und Chemiekonzerne wenigstens von ihren jetzigen Rekordgewinnen das Kurzarbeitergeld zurück, das sie so ausgiebig in der Krise genutzt haben?

Nein. Auf diesen fast 10 Milliarden Eu-

ro, die die Kurzarbeit bislang gekostet hat, bleiben die öffentlichen Kassen sitzen. Ebenso auf den 5 Milliarden der Abwrackprämie, die der Autoindustrie Milliarden Gewinne beschert hat.

näre und Manager, als hätte es die Krise nie gegeben... während ein gigantischer wachsender Schuldenberg droht, das gesamte öffentliche Leben zu ersticken.



Die Banken verdienen noch an den Staatsschulden,

die Bevölkerung soll sie bezahlen.



Quelle: www.lokalkompass.de

Ganz zu schweigen von den noch weit größeren Summen, den vielen dutzenden Milliarden Euro, die Banken und Spekulanten gegeben wurden. Still und heimlich gehen diese Milliarden Geschenke an Banken und Großaktionäre noch immer weiter.

Und die verdienen sogar noch an den Staatsschulden, denn bei ihnen hat der Staat die Kredite aufgenommen und zahlt ihnen dafür jetzt saftige Zinsen.

Eine Spirale ohne Ende

Mit all dem Geld spekulieren sie wieder, jetzt obendrein auf die Staatsschulden, also auf den möglichen Bankrott von Staaten, und sie beschenken ihre Aktio-

Dieser Teufelskreis wird uns immer weiter herabreißen, wenn wir ihn nicht stoppen. Wenn wir ihrem Generalangriff auf unsere Lebensverhältnisse nicht unseren eigenen Generalangriff entgegensetzen.

Wenn wir gegen Kapitalisten und Regierung nicht durchsetzen, dass endlich Schluss ist mit jeder Form von Geschenken an die reichen Aktionäre, Banken und Konzerne. Dass zumindest ein Teil deren gigantischer Profite und Vermögen stattdessen herangezogen werden, um in den Betrieben und im öffentlichen Dienst die vielen so nötigen Arbeitsplätze und Lohnerhöhungen zu bezahlen, um vernünftige Gesundheitsversorgung und Schulen zu schaffen – all die Dinge, die heute angeblich „unbezahlbar“ sind.

Am Samstag, den 13. November ruhen die Gewerkschaften zu einer Protestveranstaltung gegen die Sparpläne der Regierung in Dortmund auf. Nutzen wir diese Gelegenheit, um zahlreich und laut den dringenden Forderungen der Arbeitenden Gehör zu verschaffen.

Busse fahren z.B. ab:

- Essen: 8.30 Uhr
Hauptbahnhof Osteingang
- Mülheim: 8.00 Uhr Stadthalle und
8.45 Uhr Wiesenstraße
(Mannesmann)
- Oberhausen: 8.00 Uhr
Parkplatz DGB-Haus

Mehr Deckel auf die Flaschen

Die Regierung will die Managergehälter der Banken, die mit Staatsgeldern unterstützt werden, für einige Zeit auf 500.000 Euro pro Jahr beschränken. Natürlich kommen auch prompt Proteste aus den Reihen der Bankchefs, zum Beispiel vom Finanzchef der Deutschen Bank, Stefan Krause. Hohe Gehälter seien wichtig, sagt er, denn „Talente haben ihren Preis.“

Ja, man muss schon verdammt großes Talent haben... um die gesamte Wirtschaft und Finanzen in eine solche weltweite Krise zu stürzen.

USA: Die Arbeitenden dürfen sich nicht auf Wahlen verlassen

Sie sind der klare Sieger der Wahlen in den USA: Die Republikaner, die Partei des letzten Präsidenten George Bush, haben eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten im Repräsentantenhaus errungen.

Eines ist sicher: Von dieser Partei, die die blutigen Kriege in Afghanistan und im Irak begonnen hat, die den Reichen Steuererleichterungen und den Banken „Rettungspakete“ von hunderten Milliarden schenkte, während sie ungerührt Millionen Menschen in Arbeits- und Obdachlosigkeit fallen ließ – von dieser Partei hat die arbeitende Bevölkerung nichts Gutes zu erwarten.

Der rechteste und konservativste Teil der republikanischen Politiker hat sich außerdem in der neuen Bewegung „Tea-Party“ engagiert. Finanziert vor allem von dem Multimillionär und Medienmogul Rupert Murdoch und den Milliardären Charles und David Koch, hat die Tea-Party einen massiven und teuren Wahlkampf für ihre republikanischen Kandidaten gemacht, mit allen klassischen rechten Themen der USA: gegen öffentlichen Dienst und Sozialsysteme, gegen das Recht der Frauen auf Abtreibung, gegen den „moralischen Verfall“ der USA.

Der Nährboden der Rechten

Werden diese politischen Kräfte weiter erstarken? Es wäre schlimm, denn unter ihrer arbeiter-, ausländer- und frauenfeindlichen Politik würde die gesamte einfache Bevölkerung leiden müssen. Doch möglich ist es leider.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich weiter. 15 Millionen Menschen sind in den USA bereits arbeitslos, so viele wie noch nie seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Und es ist vor allem diese dramatische wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Angst vor dem sozialen Absturz, die den extremen rechten Kräften Auftrieb gibt.



**Proteste gegen eine Zwangsraumdung
Millionen werden schutzlos in die Obdachlosigkeit getrieben... von denselben Banken, für deren Rettung Bush und Obama Billionen ausgegeben haben.**

Geholfen hat den Republikanern und den Tea-Party-Aktivisten auch, dass Obama viele Menschen, die ihn vor 2 Jahren mit großen Hoffnungen gewählt hatten, tief enttäuscht und entmutigt hat.

Statt dem erhofften Ende der blutigen Kriege wurden unter Obama mehr Soldaten denn je nach Afghanistan geschickt, bleiben zehntausende weiter im Irak. Von der erhofften Reform des katastrophalen Gesundheitswesens ist hauptsächlich ein riesiges Geschenk an die privaten Versicherungen und

Pharmakonzerne übrig geblieben, während Millionen auch in Zukunft keine medizinische Versorgung erhalten. Und vor allem haben sich die Lebensbedingungen großer Teile der arbeitenden Bevölkerung mit der Wirtschaftskrise brutal verschlechtert.

Sicher, Obama ist nicht verantwortlich für die schwere Wirtschaftskrise. Doch er hat Billionen Dollar aufgebracht, um den Banken, den Autokonzerne, den großen Firmen wieder zu Milliarden Gewinnen zu verhelfen. Und dafür lässt er die Opfer der Krise bezahlen.

Ungestört entlassen die Konzerne weiter, treiben die Banken Millionen Familien aus ihren Häusern in die Obdachlosigkeit. Und so explodieren Armut und Elend. 100.000 Menschen, die in einer Industriestadt wie Detroit 3 Tage lang Schlange stehen, um eine der 3.400 verteilten Nothilfen der Regierung zu ergattern, eine wachsende Zahl 70-jähriger, die bei McDonalds arbeitet, weil die Rente nicht zum Überleben reicht – das sind nur einige Bilder dieser Entwicklung.

Veränderung wird nur von unten kommen

Obama hat in allen entscheidenden Fragen die Politik gemacht, die die Bosse der Banken und Konzerne verlangt haben. Und in Zeiten der Krise ist der Spielraum, den die Kapitalisten den Politikern dabei lassen, geringer denn je. So hat Obama keine der Hoffnungen erfüllt, die so viele einfache Menschen in ihn gesetzt hatten.

Auf bittere Weise bekommt die arbeitende Bevölkerung heute erneut vor Augen geführt, wie gefährlich es ist, sich darauf zu verlassen, dass Wahlen ihre Lage verändern. Nein, die Arbeiterklasse kann sich nur auf sich selber verlassen. Ihr Los wird sich nur ändern, wenn die Arbeitenden gemeinsam ihr Schicksal selber in die Hand nehmen.

Wikileaks: Dokumente des Terrors

Die Internet-Plattform „Wikileaks“ hat fast 400.000 Geheimdokumente über den Irak-Krieg veröffentlicht. Es sind Dokumente aus 5 Jahren Krieg, die das Ausmaß der Brutalität und des Terrors gegen die irakische Bevölkerung und die Hilflosigkeit der einfachen US-Soldaten deutlich machen. Die Dokumente belegen detailliert Folterungen in den Gefängnissen und Massenmorde an zehntausenden Zivilisten.

Die US-Regierung behauptet, dass die Veröffentlichung solcher Berichte die Soldaten gefährden könnte. Was für ein Quatsch! Es sind ihre Kriege, die uns gefährden, nicht die Berichte darüber.

GM: Erpressung scheitert am Widerstand und Einfallsreichtum der Arbeiter

„Wir lassen uns nicht länger erpressen“. Diese Entscheidung haben die Arbeiter von General Motors in Indianapolis zäh und erfolgreich gegen alle Widerstände durchgesetzt.

Seit Monaten hat GM gedroht: „Wenn ihr nicht auf 50% eures Lohns verzichtet, wird das Werk dicht gemacht.“ Die 651 GM-Arbeiter des Presswerks aber haben solche Erpressungen schon zu oft gehört. Und sie wissen, wie ihr Sprecher erklärte: „Wenn wir nachgeben, wird GM danach in den anderen Fabriken dasselbe verlangen.“ Mit 384 gegen 22 Stimmen lehnten sie daher bereits im Mai jeden Verzicht ab.

Dennoch hat sich die regionale Führung der Gewerkschaft (UAW) heimlich mit GM auf einen Vertrag über 50% Lohnverzicht geeinigt. Um hierfür irgendwie die formale Zustimmung der Arbeiter zu bekommen, zauberte die Gewerkschaftsführung einen beliebten Trick aus dem Hut: eine Abstimmung per Briefwahl – bei der sie alleine die Kontrolle über die Auszählung hat.

Alle Arbeiter waren sich bewusst darüber, wie einfach und üblich es ist, eine solche Wahl zu fälschen. Doch gemeinsam fanden sie eine Lösung, wie die Arbeiter das Abstimmungsergebnis selber kontrollieren konnten:



Diese GM-Arbeiterin trägt einen Button mit der Nummer 299. Sie war die 299. NEIN-Stimme gegen den 50%igen Lohnverzicht, den GM erpressen wollte.

Am Tag der Wahl, dem 23. September, konnten sich alle Arbeiter, die wollten, nacheinander mit ihrem Stimmzettel filmen lassen. Dabei trug jeder eine Nummer, die anzeigte, bei wie vielen Nein-Stimmen sie waren. Am Schluss waren sie bei Nr.418 - so viele Arbeiter ließen sich mit ihrem NEIN filmen. Das NEIN hatte gesiegt.

Und so ist dieser Versuch, die Arbeiter mit Erpressung, Lügen und Tricks zum Lohnverzicht zu bewegen, an der Vorrausicht und dem Einfallsreichtum der Arbeiter gescheitert.

Ruhezeiten

Lkw-Fahrer sind immer mehr im Dauerstress. Das bestätigte ein Bericht des Bundesamtes für Güterverkehr. Die Arbeit ist anstrengend und ermüdend. Dennoch machen die Chefs so viel Druck, dass jeder vierte Fahrer nicht einmal die gesetzlichen Pausen einhalten kann. Die bitteren Folgen sind ein Rekord an Unfällen: 18.717 Unfälle waren es 2008. Sie kosteten 91 Menschen das Leben.

Unfälle können immer mal passieren. Doch sie wären wesentlich seltener, wenn die Lkw-Fahrer mehr Ruhe hätten... vor den profitgierigen Bossen.

Dornröschen im Casino

2,1 Millionen will die Stadt Essen alleine im Bereich „Grün und Gruga“ in den nächsten zwei Jahren einsparen, und zwar – wortwörtlich – mit dem Rasenmäher: Der Rasen vieler Parks soll nur noch ein Mal im Jahr gemäht werden. Anders geht es kaum noch, weil die Zahl der Beschäftigten drastisch verringert werden soll. Außerdem sollen die Eintrittspreise der Gruga steigen. Und jeder zehnte der 400 Kinderspielplätze soll geschlossen werden.

Die betroffenen Kinder können ja stattdessen ins Rathaus gehen und dort mit dem Stadtrat Glücksspiele spielen. Der blättert nämlich gerade 6,25 Millionen Euro auf den Tisch, um an der Börse Aktien des Stromkonzerns RWE zu kaufen... in der Hoffnung, RWE werde der Stadt eines Tages dafür danken!

Haiti:

Von einer Katastrophe in die nächste

Auf Haiti wütet die Cholera, die bisher offiziell über 450 Menschen getötet und fast 7000 infiziert hat. Die Krankheit, die sich über verunreinigtes Trinkwasser verbreitet, war sogar in diesem armen Land seit 100 Jahren nicht mehr aufgetreten.

Nun aber findet sie in den Flüchtlingscamps und Ruinen ideale Bedingungen, um sich weiter auszubreiten. Hier leben seit dem verheerenden Erdbeben immer noch 1,5 Millionen Obdachlose in Zelten oder unter Planen – ohne ausreichend frisches Wasser, ohne Sanitäreinrichtungen, aber dafür mit tropischen Stürmen und Regenfällen. Denn in den 10 Monaten seit dem zerstörerischen Beben wurde nur ein kleiner Teil des Schutts weggeräumt, wurden gerade einmal 13.000 provisorische Hütten errichtet.

Das ist geblieben von den großen Versprechungen über Hilfe und Wiederaufbau nach dem dramatischen Beben. Nicht einmal 30% der Gelder, die die reichen Staaten (USA, Frankreich, Deutschland usw.) vollmundig versprochen hatten, sind auch wirklich gezahlt worden. Und von diesen ist nur ein Bruchteil der einfachen Bevölkerung zu Gute gekommen.

Nicht hilfreicher sind die vielen Hilfsorganisationen, deren Mitarbeiter selber in Hotels wohnen und mit ihren Jeeps... an den Menschen vorbeifahren.

Auf diesem Nährboden grassiert heute die Cholera. Da kann man doch einfach nur die Wut bekommen auf diese Gesellschaftsordnung, die beeindruckendste Fortschritte in der Medizin, bei Operationen und Therapien macht – und auf der anderen Seite Menschen qualvoll an einer Armutskrankheit sterben lässt, für deren Heilung es nur ausreichend sauberes Trinkwasser mit Salz und Zucker und manchmal ein Antibiotikum bräuchte.

Das „Jobwunder“ ist in Wahrheit... ein Angriff auf alle Arbeitenden

Was rühmen sich die Regierungspolitiker und ihre Wirtschafts„experten“ nicht überall mit den sinkenden Arbeitslosenzahlen! Offiziell ist die Arbeitslosigkeit auch auf 2,9 Millionen gesunken.

Doch in den letzten 20 Jahren haben die Politiker vor allem gelernt, die Statistiken zu fälschen.

Zählt man die Arbeitslosen in Weiterbildungen, Maßnahmen oder 1-Euro-Jobs und all die anderen Arbeitssuchenden hinzu, muss selbst die Arbeitsagentur offiziell zugeben, dass über 5,5 Millionen Menschen heute arbeitslos sind.



Noch dramatischer zugenommen hat die Zahl der „halben Arbeitslosen“: Teilzeit, Zeitarbeit, Niedriglohn. Nur darauf beruht ihr „Jobwunder“ heute. Es beruht auf einer Explosion der Teilzeit- und 400-Euro-Stellen, in denen die Arbeitenden flexibel und oft mit irr-sinnigen Fahrzeiten 4 Stunden in einem Tempo schuften müssen, das

man 8 Stunden lang nie durchhalten könnte... und dabei noch weniger als HartzIV verdienen.

Und es beruht auf Befristung und Leiharbeit – also auf Arbeitsplätzen, die die Bosse bei der nächsten Flaute sofort wieder vernichten können. Sie machen heute über die Hälfte der angebotenen Stellen aus.

Wie kann man die Arbeitslosigkeit bekämpfen?

Hinter der glänzenden Fassade sinkender Arbeitslosenzahlen steht so in Wahrheit ein massiver Angriff der Unternehmer, die nicht zuletzt die Krise der letzten 2 Jahre weidlich genutzt haben, um die Arbeitsplätze für Millionen Arbeitende massiv zu verschlechtern. Und dieser Angriff wird weitergehen. Schon verkünden CDU-Politiker, wir sollten uns schon mal auf eine Verlängerung der Arbeitszeiten vorbereiten, und zwar auf 45 Stunden die Woche!

Sicher nicht! Worauf wir uns vorbereiten müssen, ist, den Kampf gegen diese Verschlechterungen aufzunehmen. **Um Arbeitslosigkeit, stundenweise Beschäftigung und Leiharbeit wirklich zu bekämpfen, müssen Entlassungen verboten und Unternehmen wie Öffentlicher Dienst gezwungen werden, wieder viele feste Vollzeit-Arbeitsplätze zu schaffen. Dann könnte man die vorhandene Arbeit sinnvoll unter Allen aufteilen, ohne Lohnverlust.**

Geld dafür ist reichlich vorhanden. Es schlummert auf all den Konten der Unternehmer, Firmen und Großaktionäre. Es ist der Reichtum, den die Arbeitenden mit ihrem Schweiß, mit ihrem Kopf und ihren Händen erarbeitet haben. Und es wird darauf ankommen, dass wir Arbeitenden sie mit massivem Druck dazu zwingen, nach all den Jahren endlich einen Teil dieser aufgetauften Vermögen wieder für unsere Belange herauszurücken.

Pillen für Reiche

13,5 Milliarden Euro: Eine solche gigantische Summe hat der Pharmakonzern Aventis mal eben übrig, um eine andere Firma (Genzyme) aufzukaufen. 13,5 Milliarden nicht etwa für die Entwicklung neuer Medikamente, sondern einfach nur dafür, ein anderes Unternehmen zu kaufen, damit die Aktionäre noch mehr Gewinn kassieren können.

Jetzt weiß man, wo unsere Krankenkassen-Beiträge landen. Sie fließen durch das „Loch“ in den Kassen... direkt in deren Taschen.

Giftpilze

Nach ThyssenKrupp und EON Ruhrgas baut nun auch die RAG Montan Immobilien für 20 Millionen Euro in Essen einen neuen Firmensitz. Wie Pilze schießen diese Prachtbauten aus dem Boden, mit denen die Essener Konzerne ihren Reichtum zur Schau stellen. Komisch nur, dass gleichzeitig die Zahl ihrer Arbeitsplätze in den Keller geht... und die Stadt selber immer ärmer wird.

Post-Mindestlöhne: Die Aktionäre freuen sich

Alle Neueingestellten im Briefgeschäft der Deutschen Post sollen in Zukunft nur noch den Mindestlohn von 9,80 Euro bekommen. Momentan verdienen die Briefträger und Co. noch zwischen 11 und 20 Euro die Stunde.

Eigentlich sollte das Gesetz zum Post-Mindestlohn verhindern, dass die Privaten Postdienstleister weiterhin Niedriglöhne zahlen. Stattdessen nutzt heute die Deutsche Post den niedrigen Mindestlohn, um die Löhne aller Beschäftigten auf Dauer nach unten zu drücken.

Was aus einem Gesetz wird, entscheidet letztlich das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern. Auch deshalb wird uns kein Gesetz den Kampf um unsere Löhne abnehmen.

Langfinger zu Bilfinger

Nachdem sein hetzerischer Wahlkampf gegen Ausländer gescheitert und seine Karriere als Ministerpräsident von Hessen angekratzt war, hat der CDU-Spitzenpolitiker Robert Koch umgesattelt: Er wird jetzt Vorstandsvorsitzender vom Baukonzern Bilfinger Berger. Sein üppiges Gehalt wird nun bezahlt von dem, was die Bauarbeiter von Bilfinger Berger erarbeiten. So lebt er in Zukunft vor allem... auf Kosten vieler ausländischer Kollegen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 – 76493485